



ProLife – Die USA denken um

In den Vereinigten Staaten von Amerika arbeiten Regierung, katholische Kirche und Lebensschutzorganisationen gemeinsam für eine „Kultur des Lebens“

von Veronika Blasel, M.A.

„Raus aus meinem Uterus“ und „Abtreibungen müssen legal sein“ war auf den Plakaten der Demonstranten zu lesen, die Ende April in Washington an dem „March for Women’s Lives“ teilnahmen. Wie viele Frauen und Männer an der Kundgebung für das sogenannte „Recht auf Abtreibung“ teilgenommen haben, lässt sich nicht genau eruieren, da die Washingtoner Polizei dazu keine offiziellen Angaben gemacht hat. Die FAZ sprach von „Zehntausenden“, die „Washington Post“ von 350.000, der „Spiegel“ von 800.000 und die Organisatorinnen des von vielen Hollywoodstars unterstützten Marsches gar von 1,15 Millionen. Welche Zahl auch immer zutreffen mag, sie

offenbart doch, dass zahlreiche Amerikanerinnen ein vermeintliches Recht in Gefahr sehen. Es bewegt sich etwas im amerikanischen Lebensschutz.

Der „March for Women’s Lives“, die erste Pro-Abtreibungsveranstaltung in Form einer Großdemonstration seit 1992, hat ein Thema mitten in den aktuellen Wahlkampf gebracht, das durch den Irakkrieg fast verdrängt worden wäre. In ihrer Rede vor der Demonstration kritisierte die ehemalige First Lady Hillary Clinton, dass viele Mitglieder der Regierung die Legalisierung von Abtreibung als schlimmste Scheußlichkeit im Verfassungsrecht ansähen und rief ihre Zuhörer zur Wahl John Kerrys auf, der

als klarer Abtreibungsbefürworter gilt. „Über weite Strecken glich die Washingtoner Großaktion einer Demonstration für die Abwahl des Präsidenten im nächsten November“, schreibt dann auch die „Neue Zürcher Zeitung“.

Ob sich die Demonstranten einen Gefallen damit getan haben, den Lebensschutz zum Wahlkampfthema zu machen, darf abgewartet werden. Denn die jüngsten Umfragen beweisen einen Meinungsumschwung in der breiten Bevölkerung beim Thema Lebensschutz: So hat eine im April veröffentlichte Umfrage des renommierten Meinungsforschungsinstituts Zogby-International ergeben, dass sich eine Mehrheit der US-Amerikaner als

„pro life“ bezeichnet. 56 Prozent der insgesamt 1.209 Befragten haben folgenden Aussagen zugestimmt: 18 Prozent vertreten die Ansicht, dass Abtreibung niemals legal sein dürfe, 15 Prozent sehen als gerechtfertigten Abtreibungsgrund allein die Lebensgefahr der Schwangeren und 23 Prozent stimmten der Aussage zu, dass Abtreibung nur legal sein sollte, wenn eine Vergewaltigung oder Inzest vorliegt. Dagegen haben sich nicht mehr als 13 Prozent der Befragten für eine vollständige Freigabe der Abtreibung auf Verlangen ausgesprochen. Bemerkenswert ist vor allem die Haltung der jungen Amerikaner zwischen 18 und 29 Jahren: 51,6 Prozent wollen sich als „Lebensschützer“ bezeichnet wissen. Zu ähnlichen Ergebnissen kommen auch mehrere andere im letzten Jahr durchgeführte Umfragen. Besonders hervorzuheben sind eine Gallup-Umfrage aus dem vergangenen Sommer, die zeigt, dass 72 Prozent aller Jugendlichen zwischen 13 und 18 Jahren Abtreibung für „moralisch nicht akzeptabel“ halten, sowie eine vom „Zentrum zur Förderung von Frauen“ durchgeführte Umfrage, nach der 51 Prozent der US-amerikanischen Frauen eine lebensschützende Haltung einnehmen. Besonders hoch war die Ablehnung von Abtreibungen unter den 18- bis 24jährigen Frauen (65 Prozent).

Dass diese Ergebnisse nicht nur theoretisch eine Verbesserung der Situation ungeborener Kinder andeuten, zeigt sich unter anderem an den Abtreibungszahlen. Nach Einführung der liberalen Abtreibungsgesetzgebung im Jahr 1973 ist die Zahl der vorgeburtlichen Kindstötungen zunächst rapide angestiegen, seit 1991 geht sie allerdings kontinuierlich zurück. Während in den 80er Jahren noch 29 Abtreibungen auf 1.000 Frauen kamen, waren es im Jahr 2000 „nur“ noch 21,3. Auch wenn diese Zahlen einen signifikanten Rückgang bezeugen, so ist auch die gegenwärtige Abtreibungsquote selbst im Vergleich zu den westeuropäischen Ländern erschreckend hoch. 40 Millionen ungeborener Kinder sind in den USA seit 1973 der liberalen Abtreibungsgesetzgebung zum Opfer gefallen.

Am 22. Januar 1973 hatte das oberste US-amerikanische Gericht das Urteil Roe v. Wade gefällt. Darin wurden Abtreibungen bis zur 24. Woche für allgemein legal erklärt, für die Zeitspanne nach der 24. Woche bis zur Geburt stellte das Gericht den Bundesstaaten frei, mit eigenen Gesetzen Abtreibungen zu untersagen, es sei denn, das Leben der Schwangeren ist in

Gefahr. Dabei hatte es sich auf die Wahrung der Privatsphäre berufen, denn in der amerikanischen Verfassung ist eine Anerkennung des Lebensrechts, wie sie etwa im deutschen Grundgesetz zu finden ist, nicht festgeschrieben. Die Richter begründeten damals ihre Entscheidung damit, dass das ungeborene Kind keine Person im Sinne der Verfassung sei. Somit wäre es eine Verletzung des verfassungsmäßig garantierten Schutzes der Privatsphäre,

Über 100.000 Menschen beim „Marsch für das Leben“

wenn ein Gesetz es einer Schwangeren untersagen würde, frei über ihr ungeborenes Kind zu verfügen. Eine gewisse Einschränkung erfuhr die Gesetzgebung 1992 in dem Urteil Planned Parenthood v. Casey, als das prinzipielle „Recht“ auf Abtreibung zwar unterstrichen wurde, den Bundesstaaten jedoch die Möglichkeit gegeben wurde, auch vor der 24. Woche durch Auflagen die Verfügbarkeit und Durchführung von vorgeburtlichen Kindstötungen zu erschweren. Solche Auflagen sind inzwischen in sämtlichen Bundesstaaten eingeführt worden, etwa eine Pflichtberatung mit Aufklärung über die Entwicklung der ungeborenen Kinder, vorgeschriebene Wartezeiten vor einer Abtreibung oder ein Verbot der Bezahlung von Abtreibungen durch öffentliche Gelder.

In die politische Situation kam Bewegung mit der Wahl von George W. Bush zum amerikanischen Präsidenten. Schon im Wahlkampf hatte Bush, der Abtreibungen nur nach Inzest und Vergewaltigung sowie bei Lebensgefahr der Mutter für gerechtfertigt ansieht, den Lebensschutz zum Thema gemacht. An seinem ersten Arbeitstag strich er in einer aufsehenerregenden Aktion die Gelder für Organisationen, die im Ausland Abtreibungen vornehmen – während die EU sich bald bemühte, nach dieser „unkohärenten“ Entscheidung die ‚fehlenden‘ Gelder aus ihren Mitteln zu ersetzen. In der folgenden Zeit hat sich Bush, der auch von Lebensschützern wegen einiger politischer Entscheidungen vor allem im Irakkonflikt kritisiert wird, immer wieder an die Seite der „Pro-Life-Bewegung“ gestellt. In einer Grußbotschaft an die Teilnehmer des jährlich am 22. Januar stattfindenden „Marsch für das Leben“, an dem regelmäßig über 100.000 Menschen

teilnehmen, erklärte er: „In unserer Zeit ruft uns die Achtung des Lebensrechtes dazu auf, die Kranken und Sterbenden, Menschen mit Behinderungen und Missbildungen und alle, die schwach und verletzlich sind, zu schützen. Diese offensichtliche Wahrheit ruft uns auf, die Leben der unschuldigen Kinder, die darauf warten geboren zu werden, zu würdigen. Ihr und ich - wir teilen die Verpflichtung, eine Kultur des Lebens in Amerika aufzubauen.“

Gesetzliche Änderungen des Lebensschutzes wurden anfangs dadurch erschwert, dass der US-Senat nicht mehrheitlich von Republikanern dominiert wurde. So haben einige Gesetzesinitiativen zur Verbesserung des Lebensschutzes zwar das republikanische Repräsentantenhaus passiert, scheiterten aber stets im Senat. Auch Bushs Bemühungen, Pro-Life-Richter einzusetzen, wurden zurückgewiesen. Bis Oktober 2002, also knapp zwei Jahre nach Amtsantritt, hatte Bush 32 Nominierungen für Berufungsgerichte abgegeben, davon wurden aber nur 14 bestätigt. Zum Vergleich: 86 Prozent der Nominierungen des früheren US-Präsidenten Bill Clinton waren am Ende seines zweiten Amtsjahres angenommen worden. In diesem Zusammenhang äußern Abtreibungsbefürworter immer wieder ihre Befürchtung, dass Bush in einer möglichen zweiten Amtszeit Richter des Supreme Courts, die in der nächsten Zeit ausscheiden werden, durch Richter ersetzen werde, die dem Lebensschutz wohlgesonnener sind und die das Roe v. Wade-Urteil von 1973 kippen könnten. Zur Zeit sprechen sich fünf Richter des Obersten Gerichtshofs für die Beibehaltung der Abtreibungsregelung aus, vier plädieren für eine Neuregelung.

Bush schlägt aufgrund seiner Pro-Life-Haltung nicht nur im eigenen Land rauher Wind entgegen, auch manchen politisch Einflussnehmenden im Ausland sind Bushs Aktionen, die auf eine Verbesserung des Lebensschutzes abzielen, ein Dorn im Auge. So bezeichnete Volker Gerhardt, deutscher Philosophie-Professor und Mitglied des Nationalen Ethikrates, den US-Präsidenten als „Dumpfbacke aus Texas“ und der schwedische Entwicklungshilfeminister Jan O. Karlsson beschimpfte ihn als „verfluchten Texas-Greis“. Auf Anweisung seines Regierungschefs nahm Karlsson zwar diese Beleidigung zurück, beeilte sich aber zu bekräftigen, dass seine Kritik an der ‚frauenfeindlichen‘ Politik Bushs bestehen bleibe.

Erst seit etwa eineinhalb Jahren ist sowohl das Repräsentantenhaus als auch der Senat mehrheitlich republikanisch. Seitdem konnten zwei wichtige Siege für den Lebensschutz errungen werden. Im vergangenen Jahr unterzeichnete Bush ein Gesetz zum Verbot der Teilgeburts-Abtreibung („partial-birth-abortion“). Diese äußerst brutale Abtreibungsmethode wird im letzten Drittel der Schwangerschaft angewendet und wurde bisher einige tausend Mal pro Jahr in den USA durchgeführt. Bei dieser Art der Spätabtreibung wird der Geburtsvorgang eingeleitet und das Kind getötet, wenn der Kopf schon ausgetreten ist. Dazu wird nach einem gezielten Schnitt das Gehirn abgesaugt. Dass das Kind dabei „starke und quälende Schmerzen“ empfindet, hat erst kürzlich der Arzt Kanwaljeet Anand vor einem US-Bundesgericht bestätigt. Seit 1995 hatte der US-Kongress schon zweimal ein entsprechendes Gesetz verabschiedet, beide Male jedoch legte US-Präsident Clinton sein Veto ein. Bush unterstrich bei der Unterzeichnung des Gesetzes: „Das amerikanische Volk und unsere Regierung haben sich heute endlich der Gewalt entgegengestellt und nehmen das unschuldige Kind in Schutz.“ Dagegen sprach die demokratische Senatorin Dianne Feinstein von einem „schweren Schlag gegen das Selbstbestimmungsrecht der Frau“ und ihre Kollegin Barbara Boxer von einem „sehr traurigen Tag für die Frauen in den Vereinigten Staaten“.

Als weitere Verbesserung des Lebensschutzes hat die Bush-Regierung das „Gesetz zum Schutz ungeborener Gewaltopfer“ auf den Weg gebracht. Nach dem Gesetz müssen sich Täter, die Gewaltdelikte gegenüber schwangeren Frauen verüben, zusätzlich für den Tod oder die Schädigung des ungeborenen Kindes verantworten. Das Kind im Mutterleib wird als eigenständige Rechtsperson anerkannt. Allerdings betrifft das neue Gesetz ausdrücklich nicht das Abtreibungsrecht: Ausgenommen sind Abtreibung und jede Handlung der Mutter gegenüber ihrem ungeborenen Kind. Trotzdem befürchten Abtreibungsbefürworter, das Gesetz könne das sogenannte „Recht auf Abtreibung“ aushöhlen. Ein Bundesgesetz, in dem stehe, dass das menschliche Leben im Zeitpunkt der Empfängnis beginne, könne Richter zu dem verhängnisvollen Schluss veranlassen, dass embryonale Stammzellforschung und Abtreibung Mord seien, so Dianne Feinstein. Sie hatte vorge-

schlagen, die Strafen für Gewalttaten gegen Schwangere zu erhöhen, ohne das ungeborene Kind als eigenständige Rechtsperson anzuerkennen. Bush-Herausforderer John Kerry, der zuvor schon gegen das Verbot der Teilgeburts-Abtreibung gestimmt hatte, hatte Feinsteins Vorschlag unterstützt.

Hart umkämpft war auch die Entscheidung über die embryonale Stammzellforschung. Als Kompromiss wurde schließlich am 9. August 2001 festgelegt, dass staatliche Fördermittel nur für die Forschung an den 60 Stammzelllinien be-



Bush Herausforderer John Kerry: Der katholische Demokrat befürwortet Abtreibungen.

reitgestellt werden dürfe, die zu diesem Zeitpunkt schon vorhanden waren. In einer Stellungnahme erklärte Bush, dies ermögliche eine Forschung, in die Millionen Menschen ihre Hoffnung auf Heilung setzten, ohne dass Embryonen, die ein Geschenk Gottes seien und die der Staat zu schützen verpflichtet sei, getötet werden müssten. Bei den 60 Stammzelllinien sei die Entscheidung über Tod und Leben schon gefallen. Auch die Tatsache, dass ein nicht implantierbarer Embryo dem Tod geweiht sei, würde es nicht rechtfertigen, an ihm zu experimentieren oder ihn als natürliche Ressource auszubeuten. Diese Entscheidung wurde von Lebensschützern heftig kritisiert und bedauert, sie ist aber nach Ansicht des Philosophen Robert Spaemann unter ethischen Gesichtspunkten vertretbar: „Für die sittliche Bewertung ist (...) die Frage entscheidend, ob durch die Forschung an einem Objekt, das durch eine Unrechtstat zustandekam, dieses Unrecht gebilligt oder gar gefördert wird. Da die Entscheidung Bushs das Unrecht der Gewinnung der Stammzelllinien weder billigt noch för-

dert, ist sie moralisch nicht zu beanstanden.“

In Fragen des Klonens, des sogenannten therapeutischen wie des reproduktiven, hat sich die US-Regierung in den vergangenen Jahren bei den Verhandlungen über eine Klon-Konvention der Vereinten Nationen als Verfechterin eines totalen Klonverbotes hervorgetan und so auch vielen kleineren Staaten, die die gleiche Ansicht vertreten, den Rücken gestärkt. Dass ein umfassendes Klonverbot im vergangenen Jahr wegen nur einer fehlenden Stimme scheiterte, lag nicht an den USA – die deutsche Regierung hatte entgegen des ausdrücklichen Auftrags des Bundestages nicht für ein totales Klonverbot votiert.

Die kleinen politischen Erfolge dürfen sich auch die sehr aktiven zahlreichen Lebensrechtsorganisationen auf die Fahnen schreiben, die auf prominente Unterstützer zählen können. So ist der ehemalige Abtreibungsarzt Bernard Nathanson, der mit einer Gruppe Gleichgesinnter 1973 den Prozess Roe v. Wade finanziert und das Abtreibungsurteil erstritten hat sowie als Abtreibungsarzt und Direktor einer Abtreibungsklinik persönlich für etwa 75.000 vorgeburtliche Kindstötungen verantwortlich ist, inzwischen einer der leidenschaftlichsten Kämpfer für das Leben und spricht in aller Öffentlichkeit darüber, durch welche Lügen und hinterhältige Methoden von seinen Mitstreitern und ihm das Urteil geradezu erzwungen wurde. Die Seite gewechselt hat auch Norma McConery, die damals unter dem Decknamen Jane Roe als Figur in dem Abtreibungsprozess benutzt wurde. Heute bemüht sie sich unermüdlich, unter anderem auf gerichtlichem Weg das 1973 gefällte Urteil rückgängig zu machen.

Im US-Bundesstaat New York geschlossen 37 Abtreibungskliniken

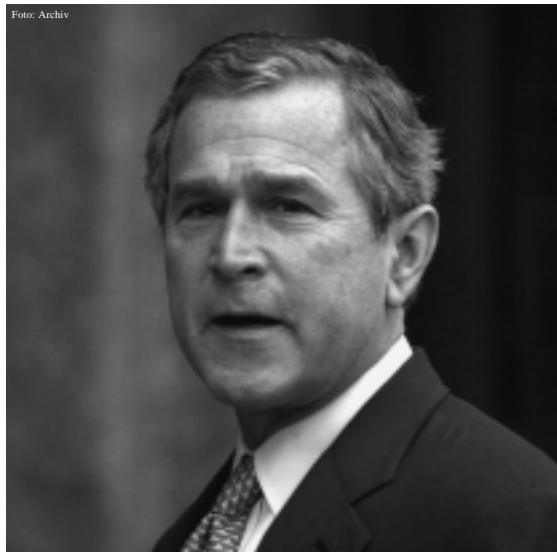
Auf unterschiedliche Weise versuchen die fast unzählbaren Pro-Life-Bewegungen eine Verbesserung des Lebensschutzes zu erreichen. So startete etwa die Gruppe „Arizona Right to Life“ eine TV-Kampagne, in der verdeutlicht werden sollte, dass das Leben etwas Heiliges und Schützenswertes sei und dass Abtreibung nicht die Antwort auf eine ungewollte

Schwangerschaft sein könne. Auch couragierte Aktionen einzelner Lebensschützer stoßen manchmal auf große Resonanz und Unterstützung aus der breiten Bevölkerung. So geschehen etwa im Herbst vergangenen Jahres im Bundesstaat Texas. Die Abtreibungsorganisation „Planned Parenthood Federation“, die im Jahr 2002 36,6 Millionen Dollar unter anderem mit der Tötung von 227.385 ungeborenen Kindern verdient hat, hatte die Firma „Browning Constructions Co.“ mit dem Bau einer Abtreibungseinrichtung beauftragt. Ein Firmenmitarbeiter hatte daraufhin zum Streik aufgerufen und über 750 Firmen in Austin und San Antonio über das Vorhaben der Abtreibungsorganisation in Kenntnis gesetzt. Hunderte dieser Firmen erklärten sich bereit, den Streik zu unterstützen. Beispiele hatten zuvor gezeigt, dass die Eröffnung solcher Einrichtungen die Anzahl der Abtreibungen in der Umgebung um bis zu 153 Prozent haben steigen lassen. „Planned Parenthood Federation“ musste sich neue Vertragspartner suchen.

Vor Abtreibungskliniken geht die von Pater Philip Reilly gegründete Bewegung „Helpers of God's precious Infants“. Die Lebensschützer beten dort den Rosenkranz, während die „Gehsteig-Beraterinnen“ die Frauen ansprechen, die in die Abtreibungsklinik gehen wollen, und ihnen materielle, psychologische oder therapeutische Hilfe anbieten. „Es kommt vor, dass an einem Tag 40 Frauen zurückkommen und das Leben wählen. In sieben Jahren hat Gott 22 von 44 Abtreibungskliniken in der Diözese Brooklyn geschlossen, im Staat New York insgesamt 37 Kliniken“, erzählt Pater Reilly.

Aktionen wie diese wären sicherlich für manche katholische Würdenträger in Deutschland, die sich selbst mit Anweisungen aus Rom bezüglich des Lebensschutzes schwer tun, nicht völlig unproblematisch. Anders in den USA: Hier marschieren sogar Bischöfe mit bei Anti-Abtreibungs-Demonstrationen und halten Mahnwache vor Abtreibungseinrichtungen. So etwa der Bischof von Phoenix, Thomas J. Olmsted, der den Heiligen Abend des vergangenen Jahres betend vor einer Abtreibungsklinik verbracht hat. „Hier ist der Kalvarienberg“, sagt der erst seit kurzem in seinem Amt tätige Bischof über seinen ersten nicht-liturgischen öffentlichen Auftritt. „Ich habe eine besondere Verpflichtung, die Lehre der Kirche

zu erklären und die frohe Botschaft über das Leben weiterzugeben. Klare Worte finden viele amerikanische Bischöfe auch über Politiker, die sich nicht für den Lebensschutz einsetzen. Anfang dieses Jahres hat der damalige Bischof der Diözese La Crosse im US-Bundesstaat Wisconsin, jetzt Erzbischof von St. Louis, Raymond Burke, verfügt, dass katholische Politiker, die sich für Abtreibung oder Euthanasie aussprechen, vom Kommunionempfang ausgeschlossen werden, bis sie ihre Ansichten öffentlich widerrufen. Wohl auch, weil mit John Kerry ein



George W. Bush: Der amtierende US-Präsident macht Abtreibungsbefürwortern das Leben schwer.

sehr prominenter katholischer Abtreibungsbefürworter in der öffentlichen Diskussion steht, hat die katholische Bischofskonferenz der USA inzwischen eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich mit dem Thema auseinandersetzen soll. Unterdessen haben weitere Bischöfe gegenüber der Presse verlauten lassen, dass sie Abtreibungsbefürwortern die Kommunion verweigern werden. Erzbischof John Myers von Newark nannte es einen „großen Skandal“, wenn einige Katholiken anderen erlauben wollten, Unschuldige zu töten. Wer eine solche Meinung vertrete, sei zwar in gewissem Sinne noch ein Katholik, er habe sich jedoch vom vollen katholischen Glauben abgewendet. Für eine solche Person sei es objektiv unehrlich, wenn sie die „Gemeinschaft mit Christus und Seiner Kirche durch den Empfang des Sakramentes der Eucharistie ausdrückt.“ Den Wählern gab der Erzbischof zu bedenken, dass Katholiken verpflichtet sind, „es zu vermeiden, sich mit Abtreibung in Zusammenhang zu bringen, die eine der größten Ungerechtigkeiten ist.“

Während in Deutschland der Forscher und Vorkämpfer für die embryonale Stammzellforschung Oliver Brüstle eingeladen worden ist, auf dem diesjährigen Katholikentag in Ulm zu sprechen, hat Erzbischof James Keleher allen katholischen Institutionen seiner Diözese im US-Bundesstaat Kansas untersagt, Politikern, die Abtreibungen befürworten, Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Erzbischof Keleher sah sich dazu veranlasst, nachdem die katholische Gouverneurin von Kansas, Kathleen Sebelius, eine erklärte Abtreibungsbefürworterin, einen Vortrag an der katholischen Universität St. Mary gehalten hatte. Seine Entscheidung rechtfertigte Keleher folgendermaßen: „Wenn man bedenkt, dass durch Abtreibung in den letzten 31 Jahren 40 Millionen Babys getötet wurden, ist es unsere Pflicht, dass unsere katholischen Kirchen, Schulen und Institutionen alles daransetzen, nicht nur die Pro-Life-Bewegung zu unterstützen, sondern auch sicherzustellen, dass die Öffentlichkeit unseren eindeutigen Standpunkt erkennt.“

Von solchen Entwicklungen alarmiert hat sich die Abtreibungslobby entschlossen, ihre Offensive zu verstärken. In einem vertraulichen, vom republikanischen Abgeordneten Christopher Smith dem US-Kongress zugänglich gemachten Bericht des amerikanischen „Zentrums für Reproduktionsrechte“, das sich weltweit für die Liberalisierung der Abtreibung einsetzt, bemängeln die Vorstandsmitglieder des Zentrums, man sei nicht lautstark genug. „Wir müssen härter kämpfen – und ein bisschen schmutziger.“ Durch ein „rigoroses Medientraining“ sollen die Sprecher des Zentrums nun einen höheren Wirkungsgrad in der Öffentlichkeit erlangen.

Zudem wird eine bessere Zusammenarbeit mit den Kirchen angestrebt. Das Zentrum plant, die Verantwortlichen anzusprechen und um Unterstützung zu bitten, „damit es religiöse Stimmen für Abtreibung gibt – und wir nicht ‚barbarisch, unreligiös, unmoralisch‘ genannt werden können“, so die Vorstandsmitglieder in dem Bericht (Vgl. auch LebensForum Nr. 69, Seite 12-15).

Zumindest die katholische Kirche hat es durch ihre jüngsten Verordnungen der Abtreibungslobby sehr schwer gemacht, dieses Vorhaben auf breiter Ebene durchzusetzen. Anscheinend ist sie doch ‚zeitgemäßer‘, als es mancher Abtreibungsbefürworter wahrhaben will.